



Bundesnetzagentur • Postfach 80 01 • 53105 Bonn

Zustellung gegen Empfangsbekenntnis

TransnetBW GmbH

Pariser Platz/Osloer Straße 15-17
70173 Stuttgart

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
17.11.2016

Mein Zeichen, meine Nachricht vom
608-16-012
608e

☎ (02 28)
14-5789
oder 14-0

Bonn
29.03.2017

Genehmigungsbescheid der Bundesnetzagentur gemäß § 13b Abs. 5 EnWG zur Systemrelevanzausweisung von Kraftwerksblöcken in Marbach und Walheim

Aktenzeichen: 608-16-012

In dem Verwaltungsverfahren

gegenüber der

TransnetBW GmbH, Pariser Platz/Osloer Straße 15-17, 70173 Stuttgart

- Antragstellerin -

wegen

ihres Antrags auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung von Kraftwerksblöcken in Marbach und Walheim

hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen,
Tulpenfeld 4, 53113 Bonn

am 29.03.2017 entschieden:

Auf Antrag der Antragstellerin wird die Ausweisung der Systemrelevanz der von der EnBW Energie Baden-Württemberg AG betriebenen Kraftwerksblöcke

- Dampfkraftwerk Marbach am Neckar, Marbach II GT (BNA0647)
- Dampfkraftwerk Marbach am Neckar, Marbach III GT (solo) (BNA0648)
- Dampfkraftwerk Marbach am Neckar, Marbach III DT (BNA0649)
- Kraftwerk Walheim, WAL 1 (BNA1005)
- Kraftwerk Walheim, WAL 2 (BNA1006)

bis zum Ablauf von 12 Monaten ab dem Tag der Inbetriebnahme des Engpassbewirtschaftungsverfahrens zwischen Deutschland und Österreich genehmigt, längstens jedoch bis zum Ablauf des 31. März 2020. Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.

Gründe:

I.

Mit Schreiben vom 05.07.2013 zeigte die Rechtsvorgängerin der EnBW Energie Baden-Württemberg AG – die EnBW Erneuerbare und Konventionelle Erzeugung AG – (im Folgenden: EnBW) gegenüber der Bundesnetzagentur sowie gegenüber der Antragstellerin an, dass die nachstehenden Anlagen an den Standorten Marbach und Walheim zum 05.07.2014 ohne Konservierungsmaßnahmen außer Betrieb genommen werden sollen:

Kraftwerksnr. Bundesnetz- agentur	Kraftwerksname	Blockname	Energieträger	Nettonennleistung (elektrisch) in MW laut KW-Liste der BNetzA
BNA0647	Dampfkraftwerk Marbach am Neckar	Marbach II GT	Mineralölprodukte	77,4
BNA0648	Dampfkraftwerk Marbach am Neckar	Marbach III GT (solo)	Mineralölprodukte	85,0
BNA0649	Dampfkraftwerk Marbach am Neckar	Marbach III DT	Mineralölprodukte	262,0
BNA1005	Kraftwerk Walheim	WAL 1	Steinkohle	96,0
BNA1006	Kraftwerk Walheim	WAL 2	Steinkohle	148,0

Mit Schreiben vom 25.10.2013 stellte die Antragstellerin als verantwortliche Übertragungsnetzbetreiberin daraufhin nach § 13a Abs. 2 EnWG a.F. bei der Bundesnetzagentur den Antrag, die

von ihr vorgenommene Systemrelevanzausweisung der vorstehenden Erzeugungsanlagen der EnBW für die Dauer von 24 Monaten zu genehmigen. Die Bundesnetzagentur genehmigte auf diesen Antrag hin mit Bescheid vom 19.12.2013 (Az.: 608-12-003) die Systemrelevanzausweisung der vorbezeichneten Anlagen in Marbach und Walheim für die Dauer von 24 Monaten.

Mit Schreiben vom 15.06.2015 zeigte die Antragstellerin an, die genannten Anlagen erneut für einen Zeitraum von 24 Monaten als systemrelevant ausgewiesen zu haben und beantragte, die Genehmigung dieser wiederholten Ausweisung. Hierauf erging am 15.09.2015 ein Bescheid der Bundesnetzagentur (Az.: 608-15-011), in dem die Ausweisung für den Zeitraum vom 06.07.2016 bis zum 31.03.2018 genehmigt wurde.

Mit zwei Schreiben vom 17.11.2016, eingegangen am selben Tag, zeigte die Antragstellerin an, die Systemrelevanzausweisungen der genannten Anlagen bis zum 31.03.2020 erneut verlängert zu haben und beantragte die Genehmigung dieser Ausweisungsentscheidungen.

Mit Schreiben vom 20.01.2017 hat die Bundesnetzagentur der Antragstellerin mitgeteilt, dass der Antrag erst nach Vorliegen der Systemanalysen geprüft und beschieden werden könne. Sie bat die Antragstellerin vorsorglich, einer Verlängerung der Frist nach § 13b Abs. 5 Satz 6 Nr. 1 EnWG zuzustimmen.

Die Antragstellerin hat daraufhin mit Schreiben vom 15.02.2017 einer Verlängerung der Frist bis zum 31.03.2017 zugestimmt.

Die Bundesnetzagentur gab mit Schreiben vom 08.03.2017 der EnBW Gelegenheit, zum vorliegenden Genehmigungsverfahren Stellung zu nehmen, insbesondere zur geplanten Entscheidung der Bundesnetzagentur, den Antrag bis zum Ablauf von 12 Monaten ab dem Tag der Inbetriebnahme des Engpassbewirtschaftungsverfahrens zwischen Deutschland und Österreich, längstens jedoch bis zum Ablauf des 31. März 2020 zu genehmigen. Mit Schreiben vom 17.03.2017 teilte die EnBW mit, die in der beabsichtigten Genehmigungsentscheidung zum Ausdruck kommende Verknüpfung zwischen dem zeitlichen Ablauf der Systemrelevanzausweisungsgenehmigung und der Einführung des geplanten Engpassmanagementverfahrens zwischen Deutschland und Österreich nicht nachvollziehen zu können. EnBW begründete dies damit, dass im Januar 2017 eine Wetter- und Einspeisekonstellation vorgelegen habe, die zu einer Gefährdung der Systemstabilität des Übertragungsnetzes führte, die auch ein existierendes Engpassmanagementverfahren an der deutsch-österreichischen Grenze nicht hätte verhindern können. Es bestehe ein eigenständiges Gefährdungsszenario für die Netzstabilität, das die Verfügbarkeit von sämtlichen Kraftwerken in Süddeutschland erforderlich mache. Zudem betonte EnBW die Notwendigkeit, frühzeitig über Verlängerungen von Systemrelevanzausweisungen

und -genehmigungen informiert zu werden und ein konkretes Datum genannt zu bekommen, von dem an das Netzreservekraftwerk endgültig nicht mehr systemrelevant sei und dessen Betrieb endgültig eingestellt werden könne. Diese Informationen seien erforderlich, um dem Unternehmen und insbesondere auch der eigenen Belegschaft hinreichende Planungssicherheit zu verschaffen. Abschließend erklärt EnBW in seiner Stellungnahme, dass die von der Bundesnetzagentur in Aussicht gestellte Genehmigungsentscheidung trotz des ggf. kürzer ausfallenden Genehmigungszeitraums als von der Antragstellerin beantragt, der EnBW vorerst hinreichende Planungssicherheit zum Weiterbetrieb der Kraftwerksblöcke in Marbach und Walheim gebe.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Akte verwiesen.

II.

Dem Antrag auf Genehmigung der Ausweisung der benannten Kraftwerksblöcke in Marbach und Walheim als systemrelevante Anlagen ist bis zum Zeitpunkt der voraussichtlichen Einführung eines Engpassmanagementverfahrens an der deutsch-österreichischen Grenze (im Folgenden: EPM DE-AT) zuzüglich einer Übergangsfrist von 12 Monaten stattzugeben. Insoweit ist der Antrag zulässig und begründet. Im Übrigen ist er unbegründet.

1. Die Antragstellerin ist als systemverantwortlicher Übertragungsnetzbetreiber antragsbefugt. Die benannten Anlagen wurden in der Vergangenheit von der Antragstellerin bereits zweimal als systemrelevant ausgewiesen. Diese Ausweisungen wurden von der Bundesnetzagentur jeweils genehmigt, zuletzt mit Bescheid vom 15.09.2015. Der systemverantwortliche Übertragungsnetzbetreiber hat für die Zeit, die sich an einen aktuell genehmigten Zeitraum anschließt, zu prüfen, ob eine Anlage auch zukünftig systemrelevant ist. Ergibt die Prüfung, dass eine über den aktuell genehmigten Zeitraum hinausgehende Systemrelevanz der Anlage besteht, hat der Übertragungsnetzbetreiber eine entsprechende Systemrelevanz entsprechend auszuweisen und einen Antrag auf Genehmigung der verlängerten Ausweisung der Systemrelevanz für den künftigen Prognosezeitraum zu stellen. Denn ohne eine erneute bzw. verlängerte Genehmigung der Systemrelevanzausweisung, stünde dem Übertragungsnetzbetreiber eine Anlagen nach Ablauf der aktuellen Genehmigung, vorliegend dem 31.03.2018, für Redispatchmaßnahmen gemäß §§ 13b Abs.5 S.11 iVm. 13b Abs. 4 S.3 iVm. § 13a Abs.1 EnWG nicht mehr zur Verfügung.
2. Die verfahrensgegenständlichen Anlagen sind systemrelevant im Sinne des § 13b Abs. 5 Satz 1 Nr. 1, Abs. 2 Satz 2 EnWG. Eine Anlage ist gemäß § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG systemrelevant, wenn ihre Stilllegung mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen würde und diese Gefährdung oder Störung nicht durch andere angemessene Maßnahmen beseitigt werden kann.

a) Eine Gefährdung der Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems liegt gemäß § 13d Abs. 1 EnWG und § 2 Abs. 2 Satz 1 NetzResV vor, wenn örtliche Ausfälle des Übertragungsnetzes oder kurzfristige Netzengpässe drohen oder zu besorgen ist, dass die Haltung von Frequenz, Spannung oder Stabilität durch die Übertragungsnetzbetreiber nicht im erforderlichen Maße gewährleistet werden kann.

Die Antragstellerin begründet ihren Antrag mit dem Bedürfnis, die Blöcke für strombedingte Redispatch-Einsätze im Starkwind-Starklast-Szenario sowie in Starklastzeiten mit geringer Erzeugung aus Erneuerbaren Energien zu benötigen. Zur Überzeugung der Bundesnetzagentur hat die Antragstellerin dargelegt, dass die verfahrensgegenständlichen Anlagen zum Zwecke des strombedingten Redispatch-Einsatzes in Situationen mit starker Windeinspeisung und gleichzeitig hoher Last („Starkwind-Starklast-Situationen“) zumindest bis zum Start des EPM DE-AT benötigt werden, dessen geplanter Betriebsbeginn der 03.07.2018 ist. Die Übertragungsnetzbetreiber haben der Bundesnetzagentur am 24.02.2017 die gemäß § 3 Abs. 2 NetzResV zur Ermittlung des Netzreservebedarfs zu erstellende Systemanalyse vorgelegt, die das Winterhalbjahr 2017/2018 sowie den Zeitraum vom 01.04.2018 bis zum 31.03.2019 („t+2“) zum Gegenstand hat. Aus der Systemanalyse, die gemäß § 13b Abs. 2 S. 3 EnWG zur Begründung der Systemrelevanz von zur Stilllegung angezeigten Kraftwerken herangezogen werden soll, geht nach entsprechender Überprüfung durch die Bundesnetzagentur zutreffend hervor, dass die Anlagen in Marbach und Walheim jedenfalls in der Stunde mit dem höchsten Redispatchbedarf innerhalb des Betrachtungszeitraums t+2, einer Starkwind-Starklast-Situation, von den Übertragungsnetzbetreibern zum Redispatch hochgefahren und damit zur Gewährleistung der Systemstabilität benötigt wird. Zu diesem Ergebnis kommen die Übertragungsnetzbetreiber unter Zugrundelegung eines gemeinsamen deutsch-österreichischen Marktgebiets.

b) Die endgültige Stilllegung der Kraftwerksblöcke in Marbach und Walheim würde mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung der Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems im Sinne des § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG führen. Maßstab für die Beurteilung der Erheblichkeit der Gefährdungslage ist gemäß § 2 Abs. 2 Satz 2 NetzResV der Erhalt der Systemsicherheit unter Berücksichtigung der anerkannten Regeln der Technik für den sicheren Netzbetrieb im Sinne von § 49 Abs. 1 Satz 2 EnWG.

Zu den allgemein anerkannten Regeln der Technik im Sinne des § 49 Abs. 1 Satz 2 EnWG zählen sämtliche technischen Regeln, die von der Mehrheit der Fachleute als aktuell richtig anerkannt werden und die sich zudem bereits in der Praxis bewährt haben. Aus dem Kapitel A („N-1 Security Principle (operational planning and real time operation)“) des UCTE Operation Hand-

book, das sich ENTSO-E zu Eigen gemacht hat, ergeben sich die insoweit maßgeblichen allgemein anerkannten Regeln der Technik des sicheren Netzbetriebs.¹

c) Die Antragstellerin nimmt mit ihrer Systemrelevanzausweisung zu Recht an, dass die endgültigen Stilllegungen der verfahrensgegenständlichen Kraftwerksblöcke in Marbach und Walheim mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen.

Die Vorschrift des § 13b EnWG verlangt nicht, dass ein als „sicher“ feststehender Kausalzusammenhang zwischen der stilllegungsbedingten Nichtverfügbarkeit der betreffenden Erzeugungseinheiten und der Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Betriebs des Übertragungsnetzes vorliegen muss. Es reicht vielmehr aus, wenn die Nichtverfügbarkeit mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs führt. Vor dem Hintergrund des überragenden öffentlichen Interesses an der gesicherten Elektrizitätsversorgung von Bürgern, Unternehmen und staatlichen Einrichtungen ist es vorliegend nicht geboten, übermäßige Anforderungen an das Maß der Eintrittswahrscheinlichkeit zu stellen.

Anlässlich der Systemrelevanzprüfung war die Antragstellerin daher gehalten, einen entsprechend vorsichtigen Maßstab anzulegen. Gemäß der ordnungsrechtlichen „je-desto-Formel“ hängt die rechtlich noch akzeptable Schadenseintrittswahrscheinlichkeit vom möglichen Schadensumfang ab. Dementsprechend ist bei denkbaren Kausalverläufen mit potentiell großen Schäden eine geringere Eintrittswahrscheinlichkeit zu verlangen, als bei Ursachenverkettungen mit potentiell begrenztem Schadensausmaß. An die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts sind mithin umso geringere Anforderungen zu stellen, je größer der zu erwartende Schaden und je ranghöher das vom Gesetz geschützte Schutzgut sind. Diesem Maßstab ist die Antragstellerin bei ihrer Systemrelevanzausweisung der Anlagen in Marbach und Walheim gerecht geworden. Gemessen an dem volkswirtschaftlichen Schaden eines unkontrollierten flächendeckenden Stromausfalls und den dabei drohenden Personen- und Sachschäden hat die Antragstellerin mit der Annahme der Systemrelevanz der verfahrensgegenständlichen Anlagen für strombedingte Redispatch-Einsätze einen nicht zu beanstandenden Maßstab an die Wahrscheinlichkeit des Gefahreneintritts angelegt.

3. Ob die Anlage, wie von der Antragstellerin vorgetragen, auch in einem Szenario mit hoher Last und geringer Einspeisung aus Anlagen erneuerbarer Energien systemrelevant ist, kann dahinstehen, da sich die Systemrelevanz jedenfalls aus der auf einem Starkwind-Starklast-Szenario be-

¹ https://www.entsoe.eu/fileadmin/user_upload/_library/publications/entsoe/Operation_Handbook/Policy_3_final.pdf (Stand: 30.12.2016).

ruhenden Systemanalyse der Übertragungsnetzbetreiber vom 24.02.2017 ergibt, die insoweit auch von der Bundesnetzagentur geprüft worden ist.

Dies gilt jedenfalls bis zur Einführung des EPM DE-AT zuzüglich einer hieran anschließenden Einschwingphase. Ob auch nach Einführung des Engpassmanagements die Systemrelevanz der Kraftwerksblöcke gegeben sein wird, ist aus Sicht der Bundesnetzagentur noch nicht nachgewiesen. Es bedarf daher zunächst weiterer Analysen der Übertragungsnetzbetreiber. Die Bundesnetzagentur geht davon aus, dass die Antragstellerin gemeinsam mit den anderen Übertragungsnetzbetreiber entsprechende Untersuchungen durchführen wird. Für den Fall, dass eine Systemrelevanz der Anlage dargetan wird, ist die Antragstellerin gehalten, die entsprechende Ausweisung gegenüber dem Kraftwerksbetreiber zu erlassen und bei der Bundesnetzagentur zur Genehmigung vorzulegen.

In diesem Zusammenhang ist die in den Anhörungsschreiben der Drittbetroffenen erhobene Forderung zurückzuweisen, wonach die Bundesnetzagentur ein konkretes Datum bestimmen soll, ab dem (erneute) Systemrelevanzausweisungen und –genehmigungen endgültig nicht mehr erfolgen dürfen, also die Regelungen der §§ 13b ff. EnWG künftig überhaupt nicht mehr zur Anwendung kommen. Die Drittbetroffenen machen geltend, dass sie im Interesse ihrer unternehmerischen Planungssicherheit ein verbindliches Datum benötigen, von dem an Stilllegungsuntersagungen nicht mehr erfolgen dürfen.

Jedoch ist weder in den §§ 13b ff. EnWG noch der NetzResV ist ein derartiges Enddatum festgelegt, ab dem die Stilllegungsverbotsregelungen nicht mehr gelten. Ebenfalls fehlt es an einer Ermächtigung der BNetzA oder der zuständigen Übertragungsnetzbetreiber, selbst ein derartiges Enddatum bestimmen zu dürfen. Im Gegenteil sind durch die Novellierung des EnWG im Rahmen des sog. Strommarktgesetzes die §§ 13b ff. - anders als noch in den Vorgängerregelungen des alten EnWG - nicht mehr in ihrer zeitlichen Geltung befristet worden. Unabhängig hiervon ist es gleichwohl weiterhin zulässig, eine Systemrelevanzausweisungsgenehmigung mit einer Nebenbestimmung zu versehen. Wenn der Übertragungsnetzbetreiber feststellt, dass nach Ablauf der Genehmigung die Systemrelevanz fortbesteht, hat er das entsprechende Kraftwerk erneut als systemrelevant auszuweisen und bei der Bundesnetzagentur zu beantragen, diese Ausweisung zu genehmigen.

4. Nach § 13b Abs. 5 Satz 8 EnWG ist die Ausweisung auf den Umfang der Anlage zu beschränken, der erforderlich ist, um die Gefährdung abzuwenden. Die Antragstellerin durfte die Ausweisung der Systemrelevanz auf die gesamte Nennleistung der genannten Kraftwerksblöcke in Marbach und Walheim beziehen.

5. In zeitlicher Hinsicht ist die Ausweisung der Systemrelevanz durch die Antragstellerin bis zum Ablauf von 12 Monaten nach dem Tag der Inbetriebnahme des Engpassbewirtschaftungsverfahrens zwischen Deutschland und Österreich zu genehmigen.

Nach § 13b Abs. 5 Satz 8 EnWG ist die Ausweisung auf den Zeitraum zu beschränken, der erforderlich ist, um die Gefährdung abzuwenden.

Der Genehmigungszeitraum für die Systemrelevanzausweisung ist inhaltlich mit der Einführung des EPM DE-AT zu verknüpfen. Aus der aktuellen Feststellung des Netzreservebedarfs vom 29.04.2016 geht hervor, dass der gegenwärtige Zustand der bestehenden Transport- und Leitungsengpässe bis zum Beginn des EPM DE-AT mit hinreichender Wahrscheinlichkeit fortbestehen wird. Entsprechend werden für diesen Zeitraum auch die ausgewiesenen Kraftwerksblöcke in Marbach und Walheim für den möglicherweise notwendigen Redispatch-Einsatz bereitstellen müssen.

Erst mit Einführung des EPM DE-AT wird der Bedarf an strombedingtem Redispatch erheblich sinken, womit entsprechend die Systemrelevanz von Netzreservekraftwerken entfallen könnte, die nicht mehr zur Bereitstellung von Redispatchleistung benötigt werden. Dieser Umstand ist in Form einer Beschränkung des Genehmigungszeitraums zu berücksichtigen. Die von der Antragstellerin begehrte Ausweisungsgenehmigung bis zum 31.03.2020 kann nicht erteilt werden, da die Einführung des EPM DE-AT und damit der mögliche Wegfall der Systemrelevanz der Kraftwerksblöcke zeitlich vor dem 31.03.2020 eintreten kann. Gleichwohl sind bei der Entscheidung über die Dauer des Genehmigungszeitraums die Interessen der Drittbetroffenen, der EnBW, zu wahren. Aus Gründen der Rechtsklarheit und Verhältnismäßigkeit muss vermieden werden, dass eine Situation entsteht, in der die Drittbetroffene als Verantwortliche des in den Anlagen beschäftigten Personals nach Einführung des EPM DE-AT dazu gebracht wird, die Anlagen „von heute auf morgen“ stilllegen zu müssen. Um der Drittbetroffenen und ihren Beschäftigten ein hinreichendes Maß an Planungssicherheit zu verschaffen, ist ein zeitlicher Vorlauf von 12 Monaten vor dem Genehmigungsende der Systemrelevanzausweisung einzuräumen. Die Bestimmbarkeit des Datums, an dem die Genehmigungsentscheidung ausläuft, wird dadurch sichergestellt, dass die Vorlauffrist nach 12 Monaten ab dem Tag der Inbetriebnahme des EPM DE-AT abläuft.

Der Ausweisungszeitraum beginnt mit dem Ablauf des vorherigen Ausweisungszeitraums aus dem Genehmigungsbescheid vom 15.09.2015 (Az. 608-15-011), d.h. am 01.04.2018 um 00:00 Uhr.

6. Soweit die ausgewiesenen Anlagen systemrelevant sind, ist der Antrag zu genehmigen. Ein Ermessen kommt der Bundesnetzagentur insoweit nicht zu.

III.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Entscheidung kann binnen einer Frist von einem Monat nach Zustellung dieser Entscheidung Beschwerde eingelegt werden. Die Beschwerde ist schriftlich bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb dieser Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit diese Entscheidung angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Bonn, den
29.03.2017



Achim Zerres
(Abteilungsleiter Energieregulierung)